CDU

NEWSLETTER
REINHOLD HILBERS, MDL

Sehr geehrte Damen und Herren,

wieder einmal freue ich mich, Ihnen meinen aktuellen Newsletter übersenden zu dürfen. Wichtige Themen dieser Ausgabe sind der Ausbau der Breitbandinfrastruktur, die Änderungsvorschläge der CDU zum Landeshaushalt 2015 und der Abschluss der Talentschmiede der CDU in Niedersachsen.

Den letzten Newsletter in diesem Jahr sende ich Ihnen mit den besten Wünschen für die Weihnachtsfeiertage und das neue Jahre. Ich freue mich auf auch im kommenden Jahr auf interessante Gespräche, lebhafte Diskussionen und ein gutes Miteinander mit Ihnen.

Herzliche Grüße

Ihr Reinhold Hilbers

Breitbandausbau in der Grafschaft ist eine zentrale Zukunftsaufgabe

Die Digitalisierung der Wirtschaft und des Privatlebens schreiten unermüdlich voran. Damit sind für uns alle große Chancen verbunden. Privathaushalte und Unternehmen im Flächenland Niedersachsen sind dafür aber auf eine funktionierende und moderne Breitbandinfrastruktur angewiesen. Insbesondere die Unternehmen brauchen schnelle, sichere und stabile Datenverbindungen, um im wahrsten Sinne des Wortes den Anschluss nicht zu verlieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu behaupten. Der Breitbandausbau ist also auch notwendig, um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Da waren sich auch die Teilnehmer der jüngsten Breitbandtagung der Grafschafter CDU sicher.

Peer Beyersdorff (Geschäftsführer des Breitbandkompetenzzentrums Niedersachsen) berichtete von den Anstrengungen des Breitband-kompetenzzentrums, den Ausbau des schnellen Internets in ganz Niedersachsen zu forcieren und flächendeckend eine sog. NGA-Breitbandversorgung zu gewährleisten. Das NGA (Next Generation Access) ist das Nachfolgenetz des existierenden Telekommunikationszugangsnetzes, das unbegrenzte Breitbanddienste unabhängig von Zeit und Distanz der Inanspruchnahme liefert. Um diesen Ausbaustandard in Niedersachsen flächendeckend zu erreichen, seien Gesamtinvestitionen in Höhe von 1,7 Mrd. Euro erforderlich. Dazu werde in den kommenden Jahren im Bereich „Breitband“ ein Förderschwerpunkt geschaffen und über Zuschüsse aus den Fonds ELER, EFRE, GAK und WFF mit einem Gesamtvolumen von mehr als 60 Millionen Euro ausgestattet. Die NBank vergebe zudem Darlehen in Höhe von insgesamt 500 Mio. zur Finanzierung

V.I.S.D.P.: REINHOLD HILBERS, WAHLKREISBÜRO, BAHNHOFSTRASSE 21 A, 48529 NORDHORN, TELEFON: (0 59 21) 99 14 40

kreiseigener Breitbandinfrastruktur an die Landkreise. Das Breitband-kompetenzzentrum wurde bereits 2008 von der CDU-/FDP-Regierung eingerichtet, um eine fachliche Unterstützung der verschiedenen Akteure zu ermöglichen.

Ralf Hilmes (Abteilungsleiter Wirtschaftsförderung, Landkreis Grafschaft Bentheim) berichtete auf der Veranstaltung der Grafschafter CDU, dass sich der Landkreis für den Ausbau einer hochwertigen leitungsgebundenen Breitbandversorgung im gesamten Kreisgebiet einsetze. „Ohne Unterstützung durch die öffentliche Hand werden entsprechende Glasfaser-verbindungen im gesamten Landkreis jedoch nur schwerlich zu realisieren sein“, attestiert Hilmes. Der Landkreis investiere daher auch direkt, indem er beispielsweise bei Straßenbaumaßnahmen inzwischen Leerrohre verlege, um eine zukünftige Verlegung von Glasfaserleitungen zu erleichtern und so für Netzbetreiber auch die Versorgung der Fläche attraktiv zu machen.

Mit Unterstützung durch das Land Niedersachsen habe der Kreis nunmehr Planungen für vorbereitende Maßnahmen zum weiteren Ausbau von entsprechenden Infrastrukturmaßnahmen getroffen und eine kreisweite Strukturplanung erarbeitet. Die flächendeckende Planung für das ganze Kreisgebiet umfasse sowohl die Variante Erschließung der Ausbau der Kabelverzweiger (sog. FttC-Lösung) unter Einschluss des Glasfaseranschlusses (sog. FttB-Lösung) der Gewerbegebiete, als auch die Variante Erschließung über eine flächendeckende Glasfaserstruktur (sog. FttB-Lösung).

Jutta Lübbert (Geschäftsführerin, Wirtschaftsvereinigung Grafschaft Bentheim e. V.) erklärte anhand anschaulicher Beispiele, wie wichtig ein stabiler, schneller und sicherer Internetanschluss auch für Unternehmen in klassischen Branchen sei. Neben dem Fachkräftemangel und der nur unzureichenden Mobilfunkversorgung sei die Breitbandversorgung für die Grafschafter Wirtschaft ein zentrales Thema. „Eine Internetversorgung über das Mobilfunknetz kann wegen der auch hier durchaus lückenhaften Versorgung keine Alternative zum kabelgebundenen Ausbau sein“, unterstrich Lübbert. Sie plädierte dafür, jeweils vor Ort die beste Lösung zu suchen und dabei auch regionale Anbieter funkbasierter Übertragungsnetze einzubeziehen. „Nur mit maßgeschneiderten Lösungen, die den Bedürfnissen der Beteiligten entsprechen, werden unsere Unternehmen im digitalen Zeitalter Schritt halten können“, erklärte Lübbert. Nach Aussage Peer Beyersdorffs würden circa 70 Prozent der Kosten des Breitbandausbaus durch Tiefbau-Arbeiten bzw. durch in diesem Zusammenhang geltende Vorschriften verursacht. Lübbert empfahl, hier vorab in jedem Fall Kosten und Nutzen abzuwägen und zu prüfen. Generell sei es entscheidend, die Rahmenbedingungen für den Ausbau zu erleichtern.

Wir sind auch in der Grafschaft auf dem Weg in die richtige Richtung. Allerdings müssen wir unsere Anstrengungen in den nächsten Jahren noch weiter intensivieren, damit die Anschlüsse auch den Anforderungen der kommenden digitalen Dienste entsprechen und damit zukunftsfest sind. Für die Grafschafter CDU steht das Thema daher ganz oben auf der Agenda.

Haushalt 2015 großes Thema im Niedersächsischen Landtag

Ausbau der niedersächsischen Infrastruktur, Förderung der Krankenhäuser, Stärkung der ländlichen Regionen und die Neuverschuldung senken – so lauten die wesentlichen Schwerpunkte des rund 375 Millionen Euro umfassenden

Haushaltsantrags der CDU. Leider hat dieser Antrag im Landtag keine Mehrheit gefunden.

Trotz Steuereinnahmen in Rekordhöhe, historisch niedriger Zinsen und Entlastungen der Länder durch den Bund macht Rot/Grün in Niedersachsen 600 Mio. Euro neue Schulden. Die Investitionsquote sinkt gleichzeitig aber auf unter 6 Prozent.

Damit Niedersachsen als Wirtschaftsstandort nicht den Anschluss verliert, benötigen wir eine funktionierende Infrastruktur. Anders als Rot-Grün haben wir die Bedürfnisse der niedersächsischen Wirtschaft im Blick: Häfen und Landesstraßen müssen den Anforderungen des steigenden Warenverkehrs gewachsen sein. Die vielen Pendler sind auf ein zuverlässiges Straßennetz angewiesen. Um den Wirtschaftsstandort Niedersachsen zu stärken, müssen zudem innovative Branchen wie die Luft- und Raumfahrtindustrie gefördert werden.

Versorgungsqualität und Erreichbarkeit in Notfällen sind die wesentlichen Aspekte, unter denen Niedersachsens Krankenhauslandschaft neu ausgerichtet werden muss. Mit unserem Haushaltsansatz von 20 Millionen Euro mehr für die Krankenhausinvestitionen und einer Verpflichtungsermächtigung über 60 Millionen Euro setzen wir ein klares Zeichen für eine zukunftsorientierte Krankenhausversorgung. Die Maßnahmen zur Reform der Krankenhausversorgung stehen im Einklang mit einem lebenswerten Niedersachsen. Für uns ist der ländliche Raum nicht bloß eine Verwaltungseinheit wie für Rot-Grün, sondern elementarer Bestandteil Niedersachsens. Hier leben immer noch die meisten Menschen unseres Landes. Mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen will die CDU-Fraktion daher den ländlichen Raum stärken: Etwa durch die Investitionen in das Dorferneuerungs-programm, in kleine Museen, in die hausärztliche Versorgung und nicht zuletzt in die Unterstützung der Kommunen bei der Integration von Flüchtlingen - auch durch die Weitergabe der bereitgestellten Bundes-mittel.

Es hat wohl noch keine Landesregierung zuvor eine derartige Unruhe an den niedersächsischen Schulen ausgelöst, wie die Regierung Weil. Lehrer und Schüler gehen auf die Straße, Eltern wird schleichend das Wahlrecht für die Schulform ihrer Kinder entzogen. Die Gesamtschule soll die rot-grüne Einheitsschule werden. Rund 35 Millionen Euro sind daher nötig, um die Unterrichtserhöhung der Gymnasiallehrer sowie die Aussetzung der Altersermäßigung aller Lehrer zurückzunehmen. Noch einmal zusätzlich 30 Millionen Euro will die CDU für die Einführung einer dritten Kraft in Krippen ohne Stundenbegrenzung ab 2015 bereitstellen.

Hinsichtlich der Finanzierung der geforderten Maßnahmen: Wir müssen die günstigen Rahmenbedingungen mit hohen Steuereinnahmen und niedrigen Zinsen nutzen und die Neuverschuldung um weitere 130 Millionen Euro senken. Weniger Schulden bedeuten weniger Zinsen und mehr Gestaltungsspielräume für nachfolgende Generationen. Unser Haushaltsantrag ist komplett gegenfinanziert. Möglich macht dies ein Mix aus Einsparungen, Vermögensveräußerungen und Mehreinnahmen. Durch Umschichtungen im Haushalt ist ebenfalls einiges möglich. Es kommt auf die Prioritäten an. Der von Rot-Grün aufgeblähte Ministerialapparat muss wieder verschlankt werden. Das zusätzliche Personal in den neuen Bezirksregierungen rund um die Landesbeauftragten gehört eingespart.

Die wichtigsten Beschlüsse der CDU-Landtagsfraktion finden Sie nun im Überblick:

Wirtschaft: Investitionen in Landesstraßen, Häfen sowie Luft- und Raumfahrt

Damit der Wirtschaftsstandort Niedersachsen auch zukünftig konkurrenzfähig bleibt, sieht der Ansatz der CDU-Landtagsfraktion für den Bereich Wirtschaft insgesamt rund 44 Millionen Euro mehr vor als der Haushaltsentwurf der rot-grünen Landesregierung. Für den Erhalt und Ausbau von Landesstraßen sollen 20 Millionen Euro mehr investiert werden, 4 Millionen mehr sollen in das Radwegenetz fließen. Die rot-grüne Landesregierung investiert so wenig in die niedersächsischen Häfen wie seit 2006 nicht mehr. Auch hier setzt die CDU daher ein Zeichen: Für Instandhaltung und Baumaßnahmen in niedersächsischen Häfen sieht der CDU-Entwurf rund 11 Millionen Euro zusätzlich sowie eine Verpflichtungsermächtigung über 25 Millionen Euro vor.

Als eine zentrale Wachstumsindustrie gilt nach wie vor der Bereich Luft- und Raumfahrtindustrie. Die CDU macht sich für eine Förderung dieser innovativen Branche stark und will 5 Millionen Euro zusätzlich bereitstellen.

Verbesserung der kommunalen Straßeninfrastruktur: Umschichtung der Entflechtungsmittel rückgängig machen

Darüber hinaus setzt sich die CDU-Fraktion dafür ein, dass die von Rot-Grün in die Wege geleitete Umschichtung von Mitteln aus dem Entflechtungsgesetz rückgängig gemacht wird. Auch in Zukunft sollen 60 Prozent der vom Bund bereitgestellten Mittel für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden auf den kommunalen Straßenbau entfallen. Die von der rot-grünen Landesregierung geplante Umverteilung zugunsten des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) würde im Bereich des kommunalen Straßenbaus bis 2018 hingegen eine Kürzung von über 80 Millionen Euro bedeuten.

Damit Gelder aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) nicht wegen einer fehlenden Kofinanzierung Niedersachsens verfallen, wird der Ansatz um 4 Millionen Euro erhöht und damit auf das Vorjahresniveau gehoben.

Schule: Mehrbelastungen der niedersächsischen Lehrer zurücknehmen

Die CDU-Landtagsfraktion hält die geplante Anhebung der Arbeitszeit von Gymnasiallehrern sowie das Aussetzen der zugesicherten Altersermäßigung für alle Lehrer ab dem 55. Lebensjahr für nicht zumutbar. Die CDU-Fraktion steht hinter den 87.000 niedersächsischen Lehrern und fordert die Wiedereinführung der bis Ende Juli 2014 gültigen Altersermäßigung bzw. die Verringerung der Regelstundenzahl der Gymnasiallehrer auf 23,5 Stunden zum Schuljahr 2015/2016. Für diesen Zweck werden 35 Millionen Euro eingesetzt.

Frühkindliche Bildung: vollständige Finanzierung der dritten Betreuungskraft in Krippen ab 1. Januar 2015

Entgegen den Plänen von SPD und Grünen, eine dritte Betreuungskraft in Krippen lediglich halbtags zu finanzieren, will die CDU eine tatsächliche Qualitätsverbesserung bei der Betreuungsrelation in Kindertagesstätten erreichen. Für die vollständige Finanzierung einer dritten Kraft ab dem 1. Januar 2015 werden 30 Millionen Euro in den Haushaltsentwurf eingestellt.

Berufsbildende Schulen stärken: Stellenkürzungen zurücknehmen

Die CDU-Fraktion ist besorgt über die negative Entwicklung der Unterrichtsversorgung an berufsbildenden Schulen in Niedersachsen unter Rot-Grün.

Um hier gegenzusteuern, müssen die Stellenkürzungen an berufsbildenden Schulen zurückgenommen werden. Dies entspricht 5 Millionen Euro oder rund 100 Lehrerstellen.

Inklusion: Mehr Geld für Fort- und Weiterbildung zur inklusiven Schule für Grundschullehrer

Rot-Grün hat bislang kein klares Konzept zur weiteren Umsetzung der Inklusion in Niedersachsen. Fest steht, dass der Fortbildungsbedarf für Lehrer an inklusiven Schulen bei Weitem nicht gedeckt ist. Die CDU setzt daher zur Ausweitung der Fort- und Weiterbildungsangebote zur inklusiven Schule für Grundschullehrer 3 Millionen Euro ein.

Sprache als Schlüssel zum Bildungserfolg: Deutsch-Förderunterricht für ausländische Schüler

Deutschkenntnisse sind Voraussetzung für eine Integration von Flüchtlingen in Niedersachsen. Um die Sprachkenntnisse von ausländischen Kindern und Jugendlichen zu verbessern, stellt die CDU für Sprachlernklassen, Förderkurse „Deutsch als Zweitsprache" sowie Förderunterricht von Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache 4 Millionen Euro zur Verfügung - das entspricht 80 Vollzeitlehrerstellen.

Neuordnung der niedersächsischen Krankenhauslandschaft: Versorgung und Erreichbarkeit verbessern

Um auch künftig eine moderne leistungsfähige und wohnortnahe Krankenhausversorgung für die älter werdende Bevölkerung vorhalten zu können, müssen die Krankenhausinvestitionsmittel des Landes angemessen erhöht werden. Mit zusätzlichen 20 Millionen Euro pro Jahr und einer Verpflichtungsermächtigung über 60 Millionen Euro könnte in zukunftsfähige Strukturen investiert und den Herausforderungen und dem Investitionsbedarf Rechnung getragen werden.

Wohnraumförderung: Neubau preisgünstiger Mietwohnungen fördern

Um die Lage auf dem Wohnungsmarkt zu entspannen, will die CDU die Kompensationsmittel des Bundes in Höhe von 39,8 Millionen Euro um weitere 10 Millionen Euro aus Landesmitteln aufstocken. Damit soll der Neubau von preisgünstigen Mietwohnungen in Gebieten mit hoher Wohnungsnachfrage gefördert werden.

Stärkung des ländlichen Raums: Mittel der Dorferneuerung erhöhen und Flüchtlingsintegration verbessern

Der ländliche Raum hat für Niedersachsen eine zentrale Bedeutung. Hier leben nicht nur die meisten Menschen, hier ist auch ein Großteil der Arbeitsplätze unserer Wirtschaft beheimatet. Um die ländlichen Kommunen zu stärken, stellt die CDU 2 Millionen Euro mehr als im rot-grünen Haushaltsentwurf vorgesehen für das Dorferneuerungsprogramm zu Verfügung. Zudem soll die Situation in den Kommunen, die die Hauptlast bei der Flüchtlingsunterbringung tragen, verbessert werden: Dafür stehen 2 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung, um die ehrenamtlichen Strukturen in der Flüchtlingsbetreuung auszubauen. Ein weiteres Anliegen der CDU-Fraktion ist die Unterstützung kleiner Museen: hierfür wird 1 Million Euro mehr eingestellt.

Flüchtlingsunterbringung: Zusätzliche Erstaufnahmeeinrichtung einrichten und Kommunen entlasten

Mit den vom Bund für Niedersachsen bereitgestellten 50 Millionen Euro soll neben Osnabrück eine weitere Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge

entstehen. Um Niedersachsens Städte und Gemeinden bei der Flüchtlingsunterbringung zu entlasten, sollen die restlichen Mittel vollständig bei den Kommunen verbleiben und auch für Angebote von Sprachkursen und Sozialarbeit verwendet werden.

Finanzen: Niedriges Zinsniveau und weiterhin hohe Steuereinnahmen für Absenkung der Neuverschuldung nutzen - unnötige Belastungen für Bürger und Wirtschaft streichen - Beamte vernünftig bezahlen

Die Rahmenbedingungen zur Konsolidierung des Landeshaushalts sind aufgrund der anhaltenden Rekordsteuereinnahmen und der aktuellen Zinslage günstig. Für das Haushaltsjahr 2015 will die CDU deshalb die von Rot-Grün geplante Nettoneuverschuldung um 130 Millionen auf 470 Millionen Euro senken. An der Schuldenbremse 2017 hält die CDU-Fraktion weiterhin fest.

Bürger und die Wirtschaft sollen nach Ansicht der CDU vor zusätzlichen, von SPD und Grünen eingeführten Gebühren geschont werden. Daher verzichtet der CDU-Haushaltsentwurf sowohl auf eine Erhöhung der Wasserentnahmegebühr in Höhe von etwa 20 Millionen Euro als auch auf die etwa 4 Millionen Euro betragenden Gebührenerhöhungen für Lebensmittelkontrollen durch das LAVES.

Der Grundsatz „die Besoldung folgt dem Tarif" hat für die CDU nach wie vor Geltung. Richter, Beamte und Versorgungsempfänger müssen für ihre Arbeit angemessen bezahlt werden. Sie dürfen nicht von der allgemeinen Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst abgekoppelt werden.

Nachwuchstalente werden gefördert

18 Monate durchliefen die Grafschafter CDU-Mitglieder Birte Govert aus Lohne und Sebastian Hochmann aus Nordhorn das Nachwuchsförderprogramm der CDU Niedersachsen, die Talentschmiede.

Das Programm startete mit ca. 60 Stipendiaten. Es ist auf drei Säulen aufgebaut. Die erste besteht aus sechs Seminaren, in denen den Stipendiaten verschiedene Fähigkeiten erlernen, sowie der Teilnahme an Parteiveranstaltungen der CDU als auch der Jungen Union Niedersachsen. Dort haben die Teilnehmer die Möglichkeit ihre Erfahrungen auszutauschen und zu vergleichen. Die zweite Säule bilden zwei Praktika, die dem politischen Nachwuchs die Möglichkeit bieten, Einblicke in Entscheidungsstrukturen, Verwaltung und Unternehmen zu erhalten. Die dritte und letzte Säule ist ein Mentoren-Programm.

Die beiden Grafschafter wurden dabei von mir als Grafschafter CDU-Vorsitzenden und Landtagsabgeordneten vor Ort betreut. Die CDU hat die Nachwuchsförderung als wichtiges Feld erkannt. Vor Ort, aber auch auf Landes- und Bundesebene will die CDU sich darum kümmern, junge Menschen von Politik zu begeistern und in die Willensbildung mit einzubeziehen.

Jüngst fand nun die Abschlussveranstaltung der Talentschmiede im Wilfried-Hasselmann-Haus in Hannover statt. Die Stipendiaten wurden von dem Generalsekretär Ulf Thiele mit einem Zertifikat ausgezeichnet.

„Das 18-monatige Programm hat uns viele neue politische Themenfelder nahegebracht“, erklären Govert und Hochmann übereinstimmend. Beide wollen darauf aufbauen und weiterhin die Chance

wahrnehmen, sich am politischen Leben zu beteiligen. Ihre Altersgenossen, egal ob CDU-Mitglied oder nicht, rufen sie dabei auf, sich um einen Platz beim nächsten Durchgang der Talentschmiede zu bewerben. Diese soll im kommenden Jahr beginnen.